

8. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 25.01.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Ehrung Altkanzler Dr. Helmut Kohl

Einleitend weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Beratung zu Tagesordnungspunkt 1 versehentlich als nichtöffentlich auf die Tagesordnung gesetzt wurde, obwohl im Stadtrat anders zugesagt. Eine Korrektur wurde aber nachgereicht.

Herr Hinderberger (SPD) hatte sich im Vorfeld gegen eine öffentliche Beratung ausgesprochen. Die anwesenden Mitglieder des Ältestenrates sprechen sich aber geschlossen gegen einen Ausschluss der Öffentlichkeit aus.

Der Vorsitzende berichtet darüber, dass die Kurzumfrage in der „Rheinpfalz“ als Stimmungsbild eine Mehrheit für den Vorschlag Bauhof ergab. Hinsichtlich des Vorschlags der SWG, die Rheinuferpromenade nach Helmut Kohl zu benennen, gibt es inzwischen auch einen Kontakt mit der neuen OB in Ludwigshafen über eine gemeinsame Wegeverbindung zwischen den Rheinuferpromenaden in LU und SP. Dort gibt es zwar noch kein Stimmungsbild; der Vorschlag kann aber als Angebot und Ergänzung aufgenommen werden.

Innerhalb der BGS bleibt es laut Herrn C. Ableiter beim Votum für den Bauhof, das nicht verhandelbar sei; man habe sich über das Ergebnis der Rheinpfalz-Aktion gefreut. Er sieht darin bereits ein repräsentatives Bild; ein kostenpflichtiges Abfrageverfahren wird dagegen abgelehnt. Da es aus Sicht von Herrn Ableiter nur noch 2 Vorschläge mit Aussicht auf eine Mehrheit im Rat gibt, die auch die meiste Unterstützung in der Befragung erfahren haben, schlägt er vor, diese beiden Vorschläge zur Endabstimmung zu bringen. Dies entspricht laut Vorsitzendem im Wesentlichen seinem Vorschlag einer Eingrenzung über eine Negativliste zu Beginn der Debatte.

Herr Dr. Wilke stellt fest, dass seit der letzten Beratung einiges passiert ist. Es bestehe der grundsätzliche Wille zur Ehrung, daher sollte eine Bürgerbeteiligung so niedrigschwellig wie möglich erfolgen. Gleichzeitig regt er aber an, das Zeitfenster für eine Teilnahme gegenüber der Rheinpfalz-Befragung deutlich aufzuweiten.

Der Vorsitzende kündigt eine Onlinebefragung über das städtische e-Government-Tool an. Wenn innerhalb der Fraktionen allerdings ein klares Stimmungsbild für bestimmte Lösungen bereits bestehe, wäre eine Bürgerbeteiligung nicht mehr zwingend notwendig.

Frau Münch-Weinmann zieht als Lehre aus den Diskussionen, dass man sich künftig deutlich mehr Zeit mit solchen Entscheidungen bei erst kürzlich Verstorbenen lassen sollte. Die Grünen können den Wunsch nach einer Ehrung nachvollziehen, geben sich hinsichtlich des Ortes aber offen. Eine Bürgerbeteiligung für die Speyerer Bevölkerung erscheint sinnvoll, man sollte aber kein Geld dafür ausgeben; vielleicht könnte man so etwas über ein Uni-Projekt abbilden.

Nach Ansicht des Vorsitzenden wird ein Bürgerpanel in jedem Fall Geld kosten, auch wenn man es intern mit eigenem Personal realisiert. Er sei inzwischen auch abgerückt von der Vorstellung einer repräsentativen Umfrage.

Aus Sicht der FDP sind laut Herrn Oehlmann Rheinallee oder Rheinufer pragmatische Vorschläge. Er favorisiert nach wie vor den Wunsch nach einem gemeinsamen Vorschlag, der einstimmig angenommen wird.

Herr Röbosch sieht die Umbenennung einer Straße aus den bekannten organisatorischen Gründen kritisch, findet aber eine Namensgebung Helmut-Kohl-Ufer oder –Promenade sehr gut.

Für die SPD liegen laut Herrn Feiniler alle Vorschläge für eine Ehrung auf dem Tisch. Da es aber auch viele kritische Stimmen gab, sollte bei einer Beteiligung abgefragt werden, wer gar keine Ehrung will. Für ihn wird die Entscheidung jetzt viel zu einseitig auf die politische Schiene geschoben. Deshalb möchte er wissen, wie die Verwaltung dazu steht. Innerhalb der SPD gebe es diesbezüglich unterschiedliche Meinungen, deshalb werde die SPD-Fraktion in der Abstimmung frei entscheiden. Im Kreis der Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter gebe es laut Vorsitzendem auch verschiedene Auffassungen. Er wirft die Frage auf, wie die SPD mit dem einstimmigen Grundsatzbeschluss des Rates umgehen will, wenn die Momentaufnahme der Bürgermeinung u.U. anders ausfällt.

Herr Popescu unterstreicht, der Rat sei das entscheidende Gremium. Die Diskussion draußen werde inzwischen nicht mehr nach einem geeigneten Standort sondern nach ja oder nein geführt. Daher stellt er die Frage, ob eine weitere Stimmungsabfrage wirklich weiterbringt. Die neue Namensgebung der Karl-Leilling-Allee sollte nach dem Willen der Linken noch in dieser Wahlperiode abgeschlossen werden, dies müsse aber nicht zwingend an die Kohl-Ehrung gekoppelt werden.

Die SWG befürwortet laut Frau Dr. Mang-Schäfer zwar grundsätzlich eine Bürgerbeteiligung sehr, hält deren Zeitpunkt für diese Entscheidung aber an sich zu spät. Die Diskussion in der Bevölkerung dauert bereits zu lange. Sie begrüßt die erkennbare Zustimmung zur Rheinpromenade und bringt die Ausweisung eines Helmut-Kohl-Radwegs als Tourismus-Route ins Gespräch.

Herr Röbosch kritisiert, man drehe sich im Kreis: Speyer – Helmut Kohl – Speyer. Die Entscheidung erfolgt durch den Rat. Man lebe in einer repräsentativen Demokratie und der Rat vertritt die Bürgerschaft.

Herr Dr. Wilke unterstreicht, die CDU habe sich schon 2017 auf der Schiene Ratsbeschluss bewegt und die Bürgerbeteiligung als starken Wunsch in Ihren Antrag eingearbeitet. Heute erkennt er eher eine gegenteilige Stimmung im Rat, was die Bürgereinbindung angeht. Die jetzige Haltung der SPD versteht er nicht, weil die Entscheidung für eine Ehrung bereits einstimmig gefallen sei; hinter diese Position gebe es kein Zurück mehr.

Herr C. Ableiter resümiert, es habe ursprünglich 4 Vorschläge aus dem Rat und weitere Eingaben aus der Öffentlichkeit gegeben, z.B. den Vorplatz vor der Stadthalle, die aber von den Fraktionen nicht aufgegriffen wurden. Die Linke hat Ihren Antrag (Leilling) zu Gunsten einer anderen Verwendung (NS-Opfer) zurückgestellt. Wenn die CDU ihren ursprünglichen Vorschlag Hirschgraben nicht aufrechterhalten will, dann bleiben nur noch Rheinufer oder Bauhof; darüber könnte man ein Stimmungsbild in der Bevölkerung abfragen.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Wilke hätte der Hirschgraben wegen der räumlichen Nähe viele Vorteile, es gab aber auch viele kritische Stimmen von verschiedenen Seiten. Daher sei die Kompromissformel Rheinpromenade für CDU tragbar; man könne im Übrigen mit und ohne Bürgerbefragung leben.

Herr Feiniler gibt zu bedenken, dass nach dem SWR-Bericht ein teilweiser Rückzug in der Bevölkerung von Helmut Kohl stattfand, auch innerhalb seiner Fraktion. Zudem wurde eine Bürgerbeteiligung vom Rat ebenfalls beschlossen.

Herr Gottwald ergänzt für die SPD, bei der Bürgerbefragung solle auch der Punkt „möchte keine Ehrung“ angeboten werden. Zudem solle man die Karl-Leilling-Allee doch noch mitaufnehmen. Die Forderung nach der Möglichkeit einer generellen Ablehnung der Ehrung ist laut Herrn Dr. Wilke mit der CDU nicht zu machen.

Der Vorsitzende OB fasst die Diskussion wie folgt zusammen:

1. Es gibt grundsätzlich eine Ehrung.
2. Es wird eine lose Onlinebefragung zur Feststellung eines Meinungsbildes durchgeführt, ohne Bindung für die Ratsentscheidung.
3. Inhalt der Befragung:
Rheinufer, Bauhof, + Karl-Leilling-Allee (SPD, Linke), + Freitextzeile (SWG).

Er ergänzt, dass es kritische Stimmen in der Bevölkerung bei jeder Entscheidung geben wird.

Die Verwaltung erstellt dann eine Beschlussformulierung für die März-Sitzung.

Herr Jaberg hält eine Begründung zu den einzelnen Punkten für notwendig, da die Befragung sonst unbestimmbar wäre. Dies findet ebenso keine Zustimmung wie der Vorschlag von

Herrn Dr. Nowack nach einer Negativabfrage – was möchten die Bürger am wenigsten?

Frau Dr. Mang-Schäfer regt an, auch ein Terminal im Stadthaus/Rathaus mit der Möglichkeit der Teilnahme für Leute ohne Computer zu schaffen.

Die Redaktion der „Rheinpfalz“ informiert darüber, dass die Zeitung das Online-Befragungstool „opinery“ einsetzt.

Herr Dr. Wilke stellt nochmals klar, dass die Freitextzeile für Ablehnung oder erneute Alternativvorschläge für die CDU ein Reizthema bleibt. Eine generelle Infragestellung der bereits beschlossenen Ehrung ist für die CDU inakzeptabel.

Daneben informiert der Vorsitzende, dass der DGB den in diesem Zusammenhang vorgebrachten Vorschlag einer Willy-Weber-Straße zunächst zurückstellen will, weil man die Haltung der Familie dazu noch nicht ausreichend hinterfragt hat.

8. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 25.01.2018



8. Sitzung des Ältestenrates 25.01.2018 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!